

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

20. Januar 2021

Iran: Eine internationale Aktion könnte den Kreislauf des Blutvergießens bei den Behörden beenden!

Im dritten Jahr des Gedenkens an die landesweiten Proteste im Dezember 2017 sowie im Januar 2018 fordert Amnesty International erneut Gerechtigkeit für dutzende Demonstranten, darunter auch Kindern, die von iranischen Sicherheitskräften getötet wurden. AI ist solidarisch mit den Menschen, die die Wahrheit ans Licht bringen sowie mit den tausenden Demonstranten, die Folter und andere Gewalt erdulden mussten sowie mit denen, die im Gefängnis unter ungeklärten Umständen getötet oder hingerichtet wurden.

Drei Jahre nach den tödlichen Vorkommnissen und groben Menschenrechtsverletzungen verweigern weiterhin die iranischen Behörden die Nachforschungen über die Geschehnisse. Es kam zu Tötungen ohne Gerichtsurteile, Verschwinden von Personen, Folter und Misshandlungen und zu äußerst unfairen Verhandlungen, die zu Todesurteilen und zu ausgeführten Exekutionen führten.

Stattdessen kam es immer wieder zu Vertuschungen und zu Verleugnungen der schrecklichen Vorgänge durch die iranische Regierung. Die Familien der Gefangenen wurden beleidigt und schikaniert, um sie von einer Veröffentlichung der Ereignisse abzuhalten. Es wurden falsche Behauptungen verbreitet und Propagandavideos gezeigt, um die Wahrheit zu verfälschen. Sie leugneten die nicht gesetzliche Anwendung von scharfer Munition. Sie verbreiteten Gerüchte, dass die Sicherheitskräfte gegen bewaffnete „Rebellen“ gekämpft hätten, die im Dienste der „Feinde“ der islamischen Republik gestanden hätten.

Ein Sprecher der Justiz verkündete am 14. Januar 2018, dass bei den Demonstrationen 25 Personen getötet worden seien. AI schätzt diese Zahl wesentlich höher ein. Die Straffreiheit für die Sicherheitskräfte und die fehlende Anklage der internationalen Gemeinschaft ermutigte die iranischen Behörden zu gesteigerter tödlicher Gewalt, wie die hunderten Toten bei Massendemonstrationen im November 2019 zeigten.

In Folge der tödlichen Vorgänge im Dezember 2017 und Januar 2018 gab es eine vermehrte Anwendung der Todesstrafe als eine Waffe der politischen Unterdrückung. Mindestens ein Demonstrant, Mostafa Salehi, wurde im August 2020 hingerichtet, fünf weitere Personen sind in den Todeszellen: Mohammad Bastami, Mehdi Salehi, Hadi Kiani, Abbas Mohammadi und Majid Nazari. Hingerichtet wurde auch der oppositionelle Journalist Rouhollah Zam im Dezember 2020. Er betrieb einen Kanal, in dem er über die Demonstrationen 2017/18 berichtete.

Der Kreislauf des Blutvergießens durch die iranischen Behörden darf nicht bestehen bleiben! Die internationale Gemeinschaft muss Druck auf die iranischen Behörden ausüben, um die übliche Anwendung tödlicher Gewalt bei Demonstrationen zu stoppen. Der UN-Menschenrechtsrat muss eine unabhängige Untersuchung der Vorgänge von 2018 durchführen, da die ausgeübte Gewalt der Sicherheitskräfte eine seit den 1980er Jahren nicht dagewesenes Ausmaß erreichte.

Hintergrund

Zwischen Ende Dezember 2017 bis Mitte Januar 2018 gingen tausende Menschen in mehr als 100 Städten überall im Iran auf die Straße, um gegen Armut, Korruption, politische Unterdrückung und gegen die autoritäre Regierung zu protestieren. Proteste dieses Ausmaßes gab es im Iran nicht mehr seit der umstrittenen Präsidentenwahl im Jahr 2009.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)